

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 34 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 843 ppbn d



Inhalt

39. Jahrgang / 3

4. Januar 1984

Erwin Horn MdB, Obmann der SPD-Fraktion im Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages, wendet sich gegen Wörners Unterbindung eines Gesprächs zwischen Bundeswehrangehörigen und Friedensbewegung: Politisch verhängnisvoll. Seite 1

Egon Lutz MdB, Obmann der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung, kommentiert die jüngsten Arbeitslosenzahlen der Nürnberger Bundesanstalt: Im Widerspruch zum Regierungsoptimismus. Seite 3

Otto Reschke MdB, Stellvertretender Obmann der Arbeitsgruppe Bauen-Wohnen-Steuern, kritisiert die gegen die Interessen des Normalverdieners gerichtete Wohnungsbaupolitik der Rechtskoalition: Förderung ohne Grund und Boden. Seite 4

Wörners verhängnisvolle Entscheidung

Zur Unterbindung des Loccumer Gesprächs

Von Erwin Horn MdB
Obmann der SPD-Fraktion im Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages

Diese Entscheidung wird Verteidigungsminister Dr. Manfred Wörner sicher eines Tages noch bereuen! Die Teilnahme von Soldaten der Bundeswehr an einer gemeinsamen Tagung mit Mitgliedern der Friedensbewegung zum Thema "Die Zukunft von Sicherheit und Frieden - Gespräche über Notwendigkeiten und Möglichkeiten einer Neuorientierung" an der evangelischen Akademie Loccum von der Abwesenheit des Friedensforschers Dr. Alfred Mechttersheimer abhängig zu machen, zeugt nicht gerade von Weitblick und politischem Verstand!

Es ist auch für Sozialdemokraten unstrittig, daß die Bundeswehr vor den Verunglimpfungen der Heilbronner Erklärung "Den Widerstand lernen" von Schriftstellern und anderen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in Schutz genommen werden muß! Darüber gibt es für mich keine Debatte.

Debattieren aber muß man mit denen, die solche Thesen vertreten, schon! Deswegen halte ich es für politisch unklug und in den Auswirkungen auf die Bundeswehr für verhängnisvoll, die Teilnahme von Soldaten der Bundeswehr an Gesprächen mit der Friedensbewegung immer dann zu unterbinden, wenn Unterzeichner der Erklärung von Heilbronn ebenfalls teilnehmen.

Diese Entscheidung Wörners bedeutet ein Abrücken von der Weisung seines Amtsvorgängers Apel an die Soldaten der Bundeswehr, sich der öffentlichen Diskussion um die Sicherheitspolitik und die Strategie der NATO zu stellen und sich an ihr zu beteiligen. Dies ist vielen konservativen Offizieren schwer genug gefallen; das Ergebnis aber konnte sich bis heute durchaus sehen lassen!

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

Verdammter Ökonomie
mit wertvoller Rohstoffe
Recycling-Papier



Nun beginnt der offizielle Rückzug aus dieser Verfahrensweise, der ohne Zweifel die Bundeswehr wieder in eine Abseits-Position führen muß und gleichzeitig den zum Gegner erklärten Unterzeichnern der Heilbronner Erklärung neue Publizität und damit neue Anhängerschaft beschert!

Sieht Manfred Wörner diese Entwicklung nicht? Erkennen seine Berater die Konsequenzen ihrer Ratschläge an den Minister nicht?

Es waren die Verteidigungsminister der SPD, die den Dialog mit den die gesellschafts-politische Entwicklung dieser Jahre bestimmenden Gruppen suchten und führten und die Bundeswehr über eine von der Mehrheit der Bevölkerung akzeptierte Sicherheits-politik mitten in die Gesellschaft unseres Staates stellten: Helmut Schmidt in den Jahren der APO, Georg Leber im schwierigen Dialog mit dem Deutschen Gewerkschafts-bund, der zur Aussöhnung der organisierten Arbeitnehmerschaft mit den Streitkräften unseres Landes führte und Hans Apel mit der Öffnung der Bundeswehr für die sicherheits- und friedenspolitische Debatte. Dies geschah aus der Erkenntnis, daß die Bundeswehr als staatliche Institution offen sein muß für das Gespräch und die Debatte, auch wenn diese die eigene Existenz und deren Berechtigung zum Thema haben.

Dr. Wörners Weisung hingegen isoliert die Bundeswehr. Sie stellt die Bundeswehr als gesprächsunfähig oder, was noch schlimmer ist, als gesprächsunwillig dar. Die Bundeswehr aber darf sich, auch über die politische Leitung des Verteidigungsministe-riums, das Gesetz des Handelns und die Fähigkeit zum Handeln nicht aus der Hand neh-men lassen!

Es ist für mich eigentlich unvorstellbar, daß Dr. Manfred Wörner dies selbst will oder auch nur wollen kann. Er, der in früheren Jahren öfter so forsch formulierte, die Bundeswehr dürfe gegenüber der Gesellschaft "die Schotten nicht dichtmachen", veranlaßt nun über seine Weisung genau dieses! Dabei hat die Bundeswehr Selbst-bewußtsein und Courage genug, sich auch mit unberechtigten Vorwürfen und Unter-stellungen auseinanderzusetzen.

Es bleibt daher nur die Vermutung, daß der Minister sozusagen "fremdgesteuert" diese verhängnisvolle Weisung erteilt hat, daß er einige geschickte Schachzüge der Funktionärs-ebene auf der Hardthöhe und im nachgeordneten Bereich als wohlmeinende politische Empfehlung verkannt hat und daß diese kalten Krieger inzwischen nicht nur die Ziele, sondern auch die Mittel der deutschen Sicherheitspolitik bestimmen. Dann aber wäre die Behauptung gerechtfertigt, Bundesminister Dr. Wörner habe sein Ministerium nicht im Griff.
(-/4.1.1984/ks/rs)

+ + +



Kein Aufschwung für den Arbeitsmarkt

Der regierungsamtliche Optimismus wird von den Arbeitslosenzahlen widerlegt

Von Egon Lutz MdB

Obmann der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung

Der regierungsamtliche Optimismus steht in krassem Widerspruch zur Situation auf dem Arbeitsmarkt. Seit der Wende hat die Zahl der Arbeitslosen nicht ab-, sondern zugenommen. Die jetzt von der Bundesanstalt für Arbeit gemeldeten 2,35 Millionen Arbeitslosen zum Ende des Jahres 1983 sind noch nicht der Höchststand, das Saisontief wird erst im Februar erreicht. Zum Jahresende ist die Zahl der Arbeitslosen um 5,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Die Arbeitslosenquote liegt mit 9,5 Prozent deutlich über dem Vorjahresstand. Die Arbeitslosenzahl lag im Jahresdurchschnitt 1983 um 425.000 oder 23 Prozent höher als im Jahresmittel 1982.

Trotzdem versucht die Rechtskoalition Optimismus zu verbreiten und da möchte auch der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit nicht abseits stehen - dagegen wäre ja auch nichts einzuwenden, wenn das etwas brächte. Nur: der zurechtgelegte Optimismus führt offensichtlich zur Selbsttäuschung der Regierenden. Die notwendigen Taten werden wohl, so ist zu befürchten, auch 1984 ausbleiben. Stattdessen wird an den falschen Stellen gespart.

Alle vorliegenden Prognosen gehen von einem realen Wachstum in diesem Jahr von zwei bis drei Prozent aus. Vertreter der Rechtskoalition (zum Beispiel der Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger) schließen daraus, daß innerhalb des nächsten halben Jahres die Zahl der Arbeitslosen unter die Zwei-Millionen-Grenze fallen könnte. Diese Rechnung ist allerdings nicht schlüssig, weil der Produktivitätszuwachs schätzungsweise in gleicher Größenordnung liegen wird, und weil gleichzeitig die Zahl der Erwerbspersonen (geburtenstarke Jahrgänge) weiter zunehmen wird. Die Rechnung kann nur aufgehen, wenn die Arbeitszeit der Beschäftigten wirksam verkürzt wird, aber gerade das wollen die Vertreter der Rechtskoalition Arm in Arm mit den Arbeitgebern verhindern. Ohne Arbeitszeitverkürzung kann die Massenarbeitslosigkeit nicht abgebaut werden. Dabei ist es Sache der Tarifvertragsparteien, ob der Schwerpunkt mehr auf der Verkürzung der Lebensarbeitszeit oder der Wochenarbeitszeit liegt. Die Gewerkschaften haben bei dem Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit die volle Unterstützung der SPD.

Statt Beschäftigungs- nur Beschwichtigungspolitik - die festreden der Bundesregierung zum Jahreswechsel mußten für die Arbeitslosen wie Hohn klingen. Statt die Massenkaufkraft pfleglich zu behandeln, leert die Rechtskoalition durch die rigorose Umverteilung von unten nach oben den kleinen und mittleren Einkommensbeziehern die Taschen. Arbeitslose, Rentner, Sozialhilfeempfänger und Behinderte - um nur die wichtigsten Gruppen zu nennen - werden in Milliardenhöhe zur Kasse gebeten. Die Union, die einst mit der angeblich "Neuen Sozialen Frage" Propaganda machte, hat neue Armut produziert.

Die Wende war ernst gemeint. Das hatten viele Wähler falsch eingeschätzt. Die Zahl der Arbeitslosenhilfeempfänger, also der Dauerarbeitslosen, ist seit November 1982 von rund 350.000 auf mehr als 520.000 gestiegen. Immer mehr Arbeitslose, insbesondere die mit schlechten Arbeitsmarktchancen, werden aus der Arbeitslosenunterstützung total "ausgegrenzt", erhalten überhaupt keine Leistungen mehr. Der Deutsche Gewerkschaftsbund schätzt, daß die entsprechende Zahl inzwischen auf 1,6 bis zwei Millionen gestiegen ist. Auch die Bundesanstalt für Arbeit hat bestätigt, "daß die nicht registrierte Arbeitslosigkeit (stille Reserve) weiter zugenommen hat."

Trotz im Augenblick günstigerer Konjunkturdaten bleibt die Arbeitslosigkeit unverändert hoch. In den Krisenbranchen und in besonders betroffenen Regionen steigt sie sogar weiter. Es ist leider zu befürchten, daß die Konjunkturerholung schwach bleibt und daß bereits Ende '84 eine erneute Rezession einsetzt - bei einem verfestigten Sockel von über zwei Millionen Arbeitslosen. Die Bundesregierung leistet keinen positiven Beitrag zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, im Gegenteil, für sie ist der Sozialabbau wichtiger als alles andere.

(-/4.1.1984/ks/rs)

Wohnungsbauförderung ohne Grund und Boden

Für Normalverdiener wird der Weg zum Eigenheim immer länger

Von Otto Reschke MdB

Stellvertretender Obmann der Arbeitsgruppe Bauen-Wohnen-Steuern

Der Baulandmarkt ist gekennzeichnet zum einen durch die unverhältnismäßige Steigerung der Bodenpreise. Seit 1960 stiegen die Bodenpreise im Bundesgebiet jährlich um durchschnittlich etwa zehn Prozent. Bezogen auf den Zeitraum 1963 bis 1980 stiegen die Lebenshaltungskosten auf das zweifache des Ausgangswertes, die Baupreise für den Wohnungsbau auf gut das Zweieinhalbfache, die Einkommen von Vier-Personen-Arbeitnehmer-Haushalten auf knapp das Vierfache, die Baulandpreise jedoch um das Sechsfache. In den Brennpunkten der Nachfrage, also den Verdichtungsgebieten und ihren Entlastungsbereichen, haben sich die Baulandpreise besonders stark von der allgemeinen Preisentwicklung abgekoppelt. Baulandpreise, die mehr als 40 Prozent der Gesamtkosten eines Einfamilienhauses ausmachen, werden immer häufiger.

Früher, vor zwanzig Jahren, reichten beim normalverdienenden Arbeitnehmer noch elf Netto-Jahresverdienste für den Bau eines Einfamilienhauses einschließlich Grundstück; bis 1982 stiegen die durchschnittlich veranschlagten Kosten auf 15 Jahresverdienste. Für Normalverdienende wird der Weg zum Eigenheim oder zur Eigentumswohnung immer länger. Trotz Vervielfachung der Einkommen seit 1960.

Die Baulandsituation wird zum ändern bestimmt durch die nur mangelhaften Einflußmöglichkeiten der Gemeinden auf die tatsächliche Nutzung der Baugrundstücke und nicht - wie der Wohnungsbauminister meint - durch mangelnde Anwendung vorhandener Gesetze. Die Gemeinden schaffen zwar Planungsrecht und Infrastruktur, um eine Bebauung zu ermöglichen. Ob überhaupt und in welchem Zeitraum die entstandenen Neubaugrundstücke genutzt werden, entzieht sich aber weitgehend der Einflußnahme der Gemeinden. Von den mangelhaften Einflußmöglichkeiten der Gemeinden, eine städtebaulich vernünftige Bebauung herbeizuführen, zeugen auch die oft sehr alten Baulücken und die häßlichen, teilweise seit langem ungenutzten Fabrikanlagen in den bestehenden Siedlungsbereichen.

Die überproportional gestiegenen Bodenpreise und die eingeschränkte Verfügbarkeit des Baulandes verursachen eine Reihe schwerwiegender gesellschaftlicher Probleme. Das Bemühen um einen sozialen Ausgleich wird auch in diesem Bereich zunehmend gefährdet, weil für immer mehr Bürger schon der Erwerb eines Baugrundstücks eine kaum noch zu nehmende Hürde darstellt.

Auch im Mietwohnungsbau belasten die Bodenkosten immer stärker die Kalkulation. Verschlimmert durch ein hohes Zinsniveau und stagnierende Einkommen sind damit die Baulandpreise der wesentliche Grund für den Rückgang des Wohnungsbaus. Die Baulandpreise stellen damit gleichzeitig ein gewaltiges Investitionshindernis für die Belebung der Baukonjunktur dar. Die den Bauwilligen gewährten zusätzlichen steuerlichen Vergünstigungen und Zinsbeihilfen werden durch die überproportionale Steigerung der Baulandpreise und nachgehaltenen Zinsen der Banken und Sparkassen nach einiger Zeit neutralisiert.

Schon vor geraumer Zeit hat das Städtebauinstitut nachgewiesen, daß gegenwärtig die letzten Bodenreserven der 60er und 70er Jahre veräußert werden und daß dem Bau schon in Kürze der Boden fehlen wird.



Die letzten Bodenreserven in Städten über 500.000 Einwohner stehen zur sozial gerechten Verteilung allerdings nicht zur Verfügung. Bei einem durchschnittlichen Quadratmeterpreis von rund DM 400 in Ballungsgebieten sind kaum Eigentumsmaßnahmen für Selbstnutzer noch Sozialer Wohnungsbau zu bezahlen. Das "Nadelöhr Boden" muß vor allem in Ballungsgebieten, wo verstärkt gebaut werden soll und der Wohnungs- und Eigentumsbedarf vorhanden ist, beseitigt werden. Eine neukonzipierte Wohnungspolitik muß bei einer Bodenreform beginnen!

Als Folge dieser Entwicklung auf dem Baulandmarkt wird schon seit langem anlagewilliges Kapital zunehmend in den Altwohnungsbestand abgedrängt.

Dabei ergeben sich zwei unterschiedliche Wirkungen: Teilweise werden Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umgewandelt oder durch Luxusmodernisierung einem anderen Bewohnerkreis zugeführt. Teilweise werden auf diesen Grundstücken unter Beseitigung der wirtschaftlich abgeschriebenen Altbauseubstanz Neubauwohnungen gebaut, weil die Bodenpreise in den Altbaugebieten vielfach kaum höher liegen als in den Neubaugebieten. In beiden Fällen werden dringend benötigte preiswerte Wohnungen vernichtet. Durch das Hineindrängen kapitalkräftiger Anleger in den preiswerten Altbaubestand entsteht ein deutlicher Mietauftrieb, der durch die Liberalisierung des Mietrechts zusätzlich angeheizt wird.

Schon heute zeigen sich Tendenzen, daß der Gebrauchtwohnungsmarkt einen Anteil von rund 25 Prozent besitzt beim Erwerb. Die Umschlagshäufigkeit von Immobilien hat neben der Verdrängung von Mietern auch einen Rückgang der Bautätigkeit zur Folge. Nur noch rund 50 Prozent des Erwerbs von Wohnungen und Gebäuden zu Wohnzwecken sind auf Neubau zurückzuführen. Die Quote wird sinken, denn die Länderwohnungsbauminister melden reihenweise Sozialwohnungen, die sich in Ablösungsverfahren oder Jahrgängen der 50er Jahre, die sich im Umwandlungsverfahren zu Teileigentum befinden.

1983 waren Steuermindereinnahmen durch Paragraph 7b EStG begünstigten Erwerb aus dem Bestand von Wohneigentum von circa DM 350 Millionen im Erstjahr(1983). Allein der Jahrgang 1983 an Wohnungen aus zweiter Hand kostet den Staat in den acht Jahren 7b-Vorteil rund DM 2,8 Milliarden. Der Steuermittelleinsatz ohne Bautätigkeit nimmt an Bedeutung zu.

Subvention ohne Bautätigkeit - welche volkswirtschaftliche Verschwendung!

Die Probleme des Baulandmarktes haben auch auf Landschaft und Umwelt erhebliche Auswirkungen. Weil die Gemeinden im allgemeinen nicht unabhängig vom Willen der Eigentümer mit öffentlich-rechtlichen Mitteln die Bodenmobilisierung durchsetzen können, wird die Auswahl von Flächen für Neubaugebiete häufig stark von dem sachfremden Gesichtspunkt beeinflusst, ob die Eigentümer in dem betreffenden Gebiet verkaufsbereit sind oder der Gemeinde Verfügungsrechte einräumen. Die ungenutzt liegenbleibenden Baulücken und Brachgrundstücke in den Innenbereichen, die schleppende Bebauung der Neubaugebiete zwingt die Gemeinden zur übermäßigen Aufschließung von neuen Baugebieten. Durch die Verlagerung der Siedlungstätigkeit aus den Gebieten mit hohen Bodenpreisen in entfernter liegende Gebiete verstärkt sich die Inanspruchnahme und Belastung des vorhandenen Freiraums.

Jeden Tag werden 115 Hektar Land in der Bundesrepublik zubetoniert. In den Ballungsgebieten gibt es noch eine gewisse Baulandreserve durch Hortung. Auch Flächen für Wohnbedarf sind in den Bodennutzungsplänen der Städte genügend ausgewiesen.

Da das vorhandene und zukünftige Bauland zu teuer ist für Wohnungsbauaktivitäten, bleibt nur der Weg in die Randgebiete der Großstädte zur Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums.



Mit welchen Milliarden will der Wohnungsbauminister Bauaktivität in Ballungsgebieten attraktiv und erschwinglich machen? Mit welchem "Land" will er die Eigentumsquote von bundesdurchschnittlich 38 Prozent (Ballungsgebiete bei 30 Prozent) auf 50 Prozent erhöhen?

Eine sozial gerechte und allgemeinverträgliche Bodennutzung erfordert deshalb Maßnahmen für eine entschiedene Dämpfung der Bodenpreise, auch die Sicherung der Bebauung baureifen Landes und die Verteilung auch an Bauwillige, die ihr Eigentum selbst nutzen wollen.

Die Bundesregierung hat die Baulandnovelle der Regierung Schmidt/Genscher zurückgezogen. Mit diesem Gesetzesvorhaben sollte mehr Bauland den Bauwilligen bereitgestellt und eine Dämpfung des Preisanstiegs erreicht werden. Auch die vorgezogene Neubewertung der unbebauten baureifen Grundstücke ist am Widerstand der von der CDU regierten Bundesländer gescheitert. Unbebaute Grundstücke ergeben wegen der übermäßigen Bodenpreissteigerung nicht nur eine besonders hohe Verzinsung, auch steuerlich wird die Geldanlage in Grundstücken durch die niedrigen Einheitswerte begünstigt. Die vorgezogene Neubewertung der baureifen Grundstücke hätte zu höheren Grundsteuern nur für diesen Teilmarkt geführt. Damit wäre das Interesse an der Vorhaltung dieser für die Stadtentwicklung besonders wichtigen Grundstücke gemindert worden und neben dem finanzpolitischen auch ein strukturwirksamer Effekt erzielt worden.

Nunmehr wird den Gemeinden zunehmend empfohlen, verstärkt Bauland auszuweisen. Eine solche Strategie würde sich aufgrund der Besonderheiten der Preisbildung am Bodenmarkt kaum auswirken. Insbesondere würde ein solches Vorgehen auf dem Rücken der Gemeinden ausgetragen. Denn die Baureife der Grundstücke und damit die Verfügbarkeit für den Bodenmarkt tritt erst nach Ausführung der teuren und durch die Gemeinde vorzufinanzierenden Erschließungsmaßnahmen ein. Im Übrigen fehlt es in den meisten Gemeinden nicht an Baugrundstücken, sondern an Käufern, die in der Lage sind, die geforderten hohen Grundstückspreise zu bezahlen.

Man kann wirklich gespannt sein, auf welchen Boden die "Neuorientierung des Wohnungsbaus und die Förderung von selbstgenutztem Wohneigentum" der Bundesregierung fallen sollen! Vermutlich fällt sie samt Wohnungsbauminister dem Finanzminister zum Opfer.

(-/4.1.1984/ks/rs)

+ + +

